

Demokratie-Monitor 2025 Baden-Württemberg

„Politik des Gehörtwerdens“, dialogische Beteiligung und Demokratiezufriedenheit
aus Sicht der Menschen in Baden-Württemberg

Landespressekonferenz

Stuttgart

4. November 2025



Demokratie-Monitor: Repräsentative Umfragen 2021-2025



Deutschland



Vergleich 1



Vergleich 1



Vergleich 1



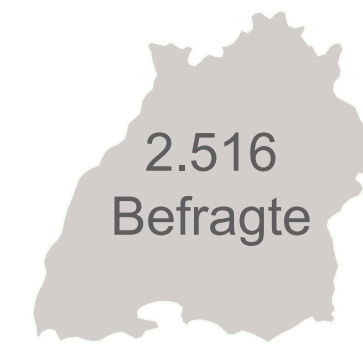
Vergleich 1



Vergleich 1



Baden-Württemberg



Februar 2021

Vergleich 2



Juli 2022

Vergleich 2



Juli 2023

Vergleich 2



Mai / Juni 2024

Vergleich 2



August 2025

Vergleich 3

- kommunale Ebene
- Landesebene
- Bundesebene

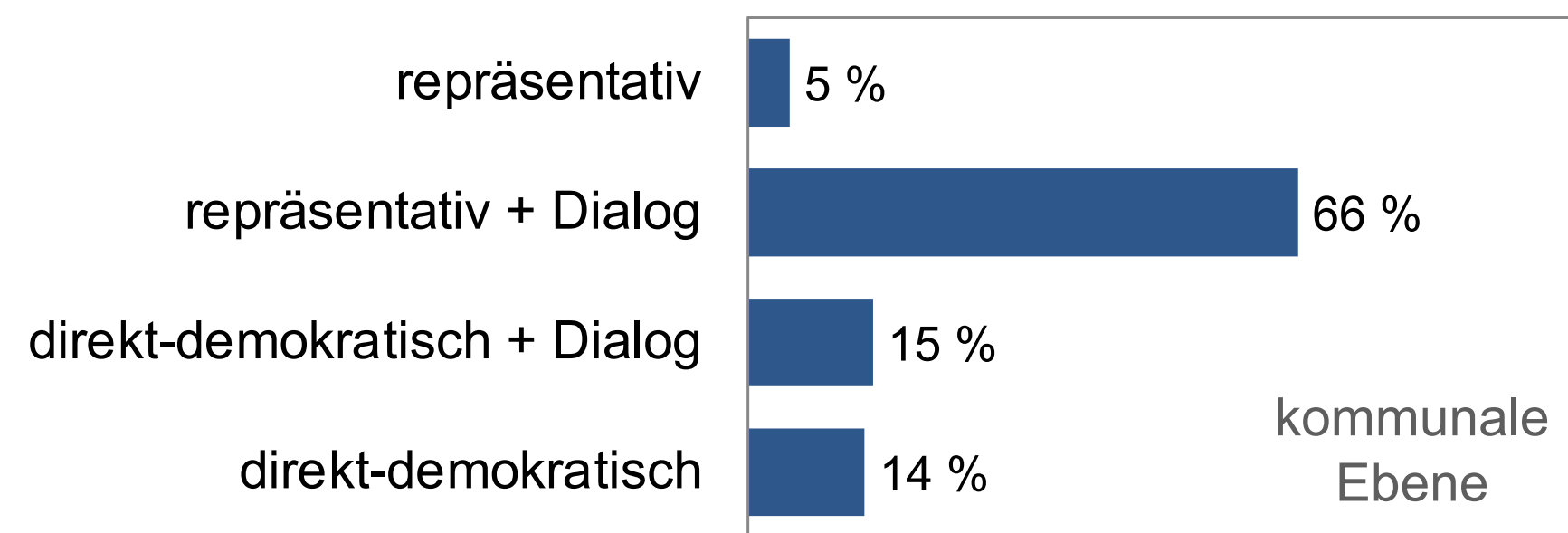
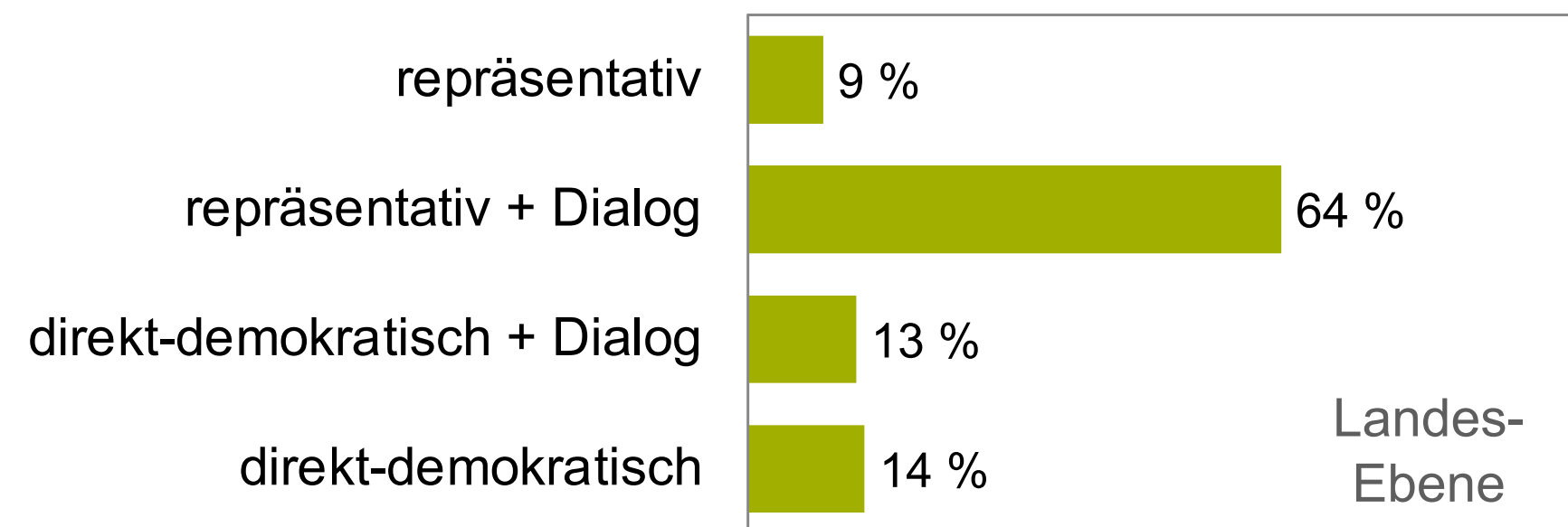
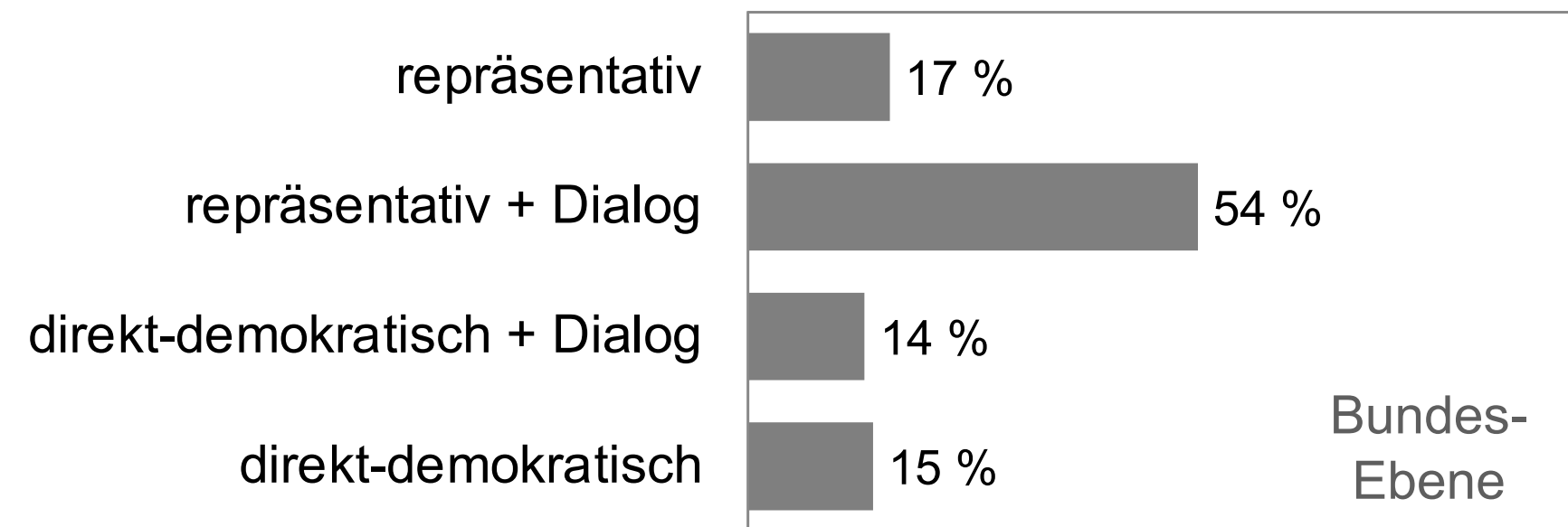
Insgesamt wurden seit 2021 **21.163 Menschen** befragt. An den repräsentativen Befragungen haben sich **12.560 Menschen in Baden-Württemberg** und **8.603 Menschen im restlichen Bundesgebiet** beteiligt. Die Befragungen wurden von *forsa* im Auftrag der Universität Hohenheim durchgeführt. Die Verantwortung für die Analyse liegt ausschließlich beim Verfasser.

2021, 2022 und 2023 wurden Menschen ab 18 Jahren befragt. 2024 und 2025 wurden Menschen ab 16 Jahren befragt. Da es sich 2024 nur um 48 Personen im Alter von 16 oder 17 Jahren handelt (2,3 % aller Befragten), fällt diese Veränderung jedoch nicht sonderlich ins Gewicht. Das Gleiche gilt für 2025.

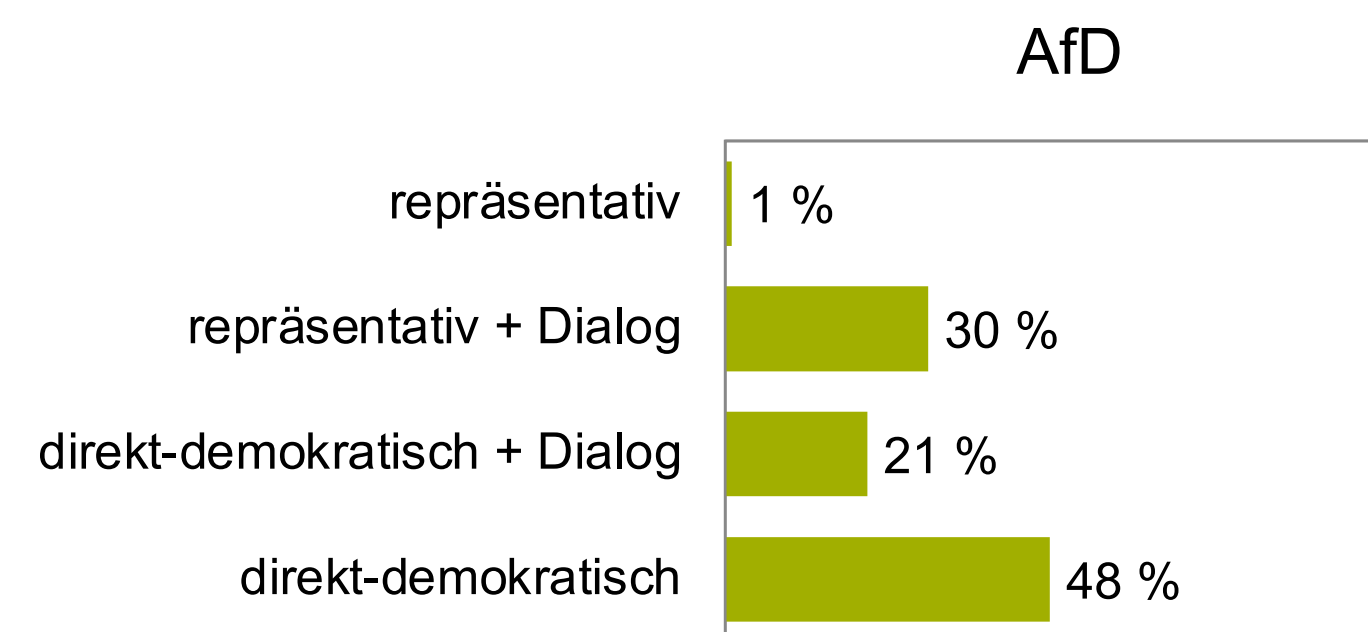
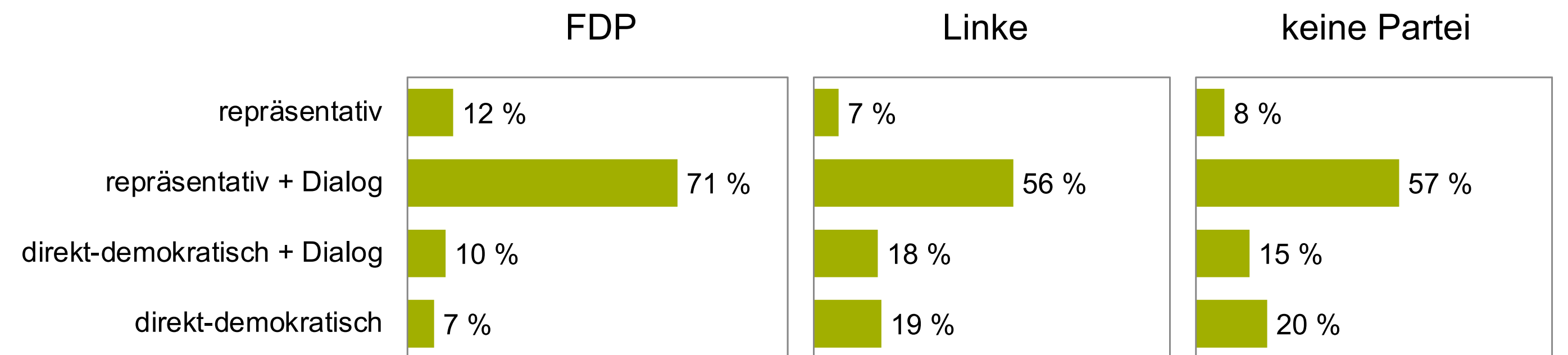
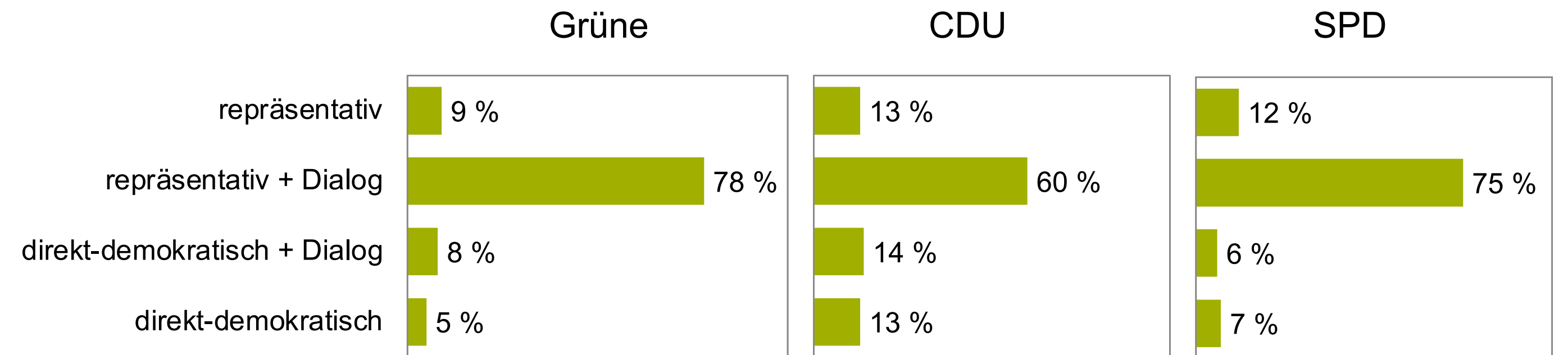


Modus des Entscheidens		
Modus des Vorbereitens		
	repräsentativ	direkt-demokratisch
	mit dialogischer Beteiligung	repräsentativ + Dialog
	ohne dialogische Beteiligung	repräsentativ
		direkt-demokratisch

Gewünschte Demokratie-Varianten, 2025



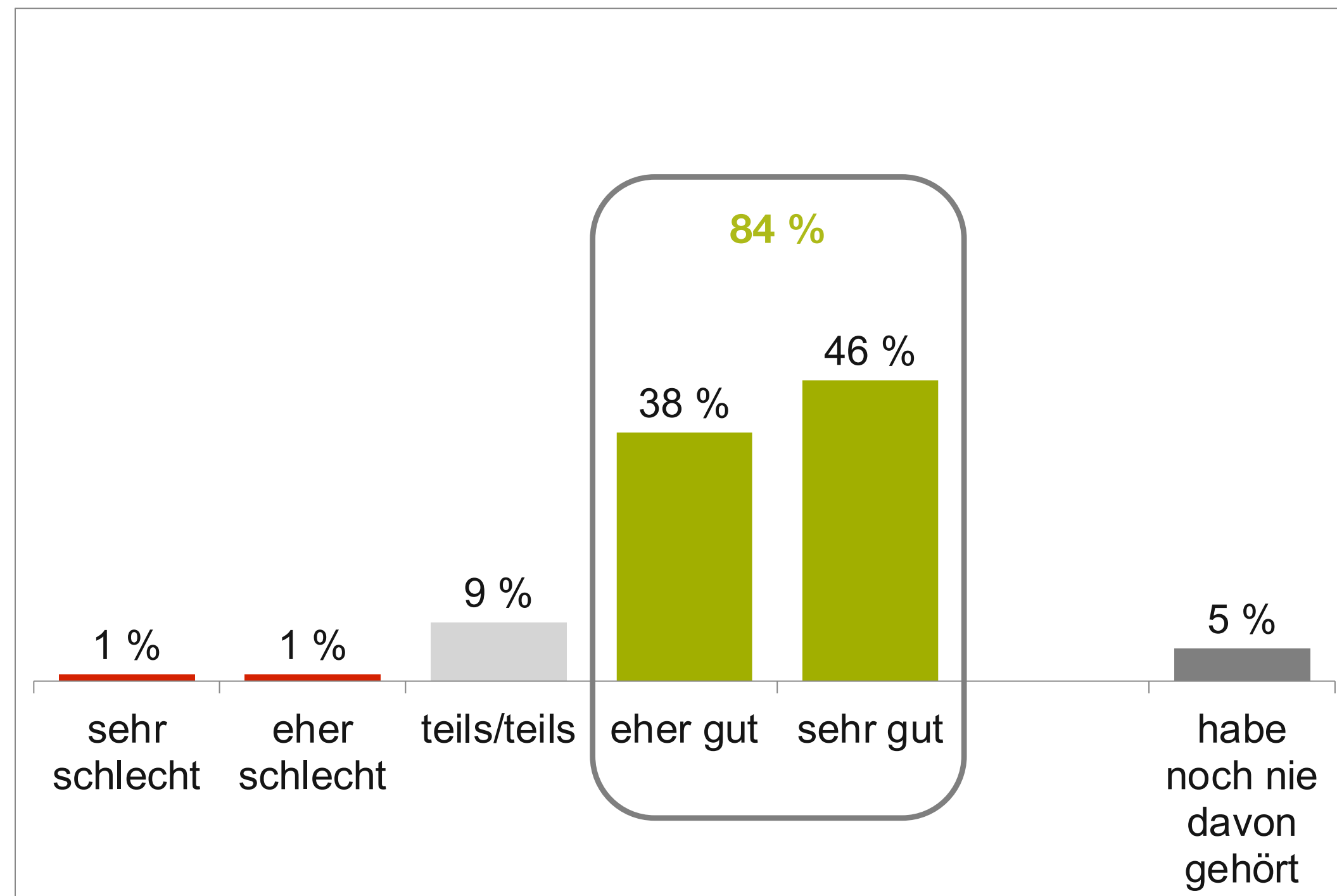
Basis: 2.505 Befragte in Baden-Württemberg



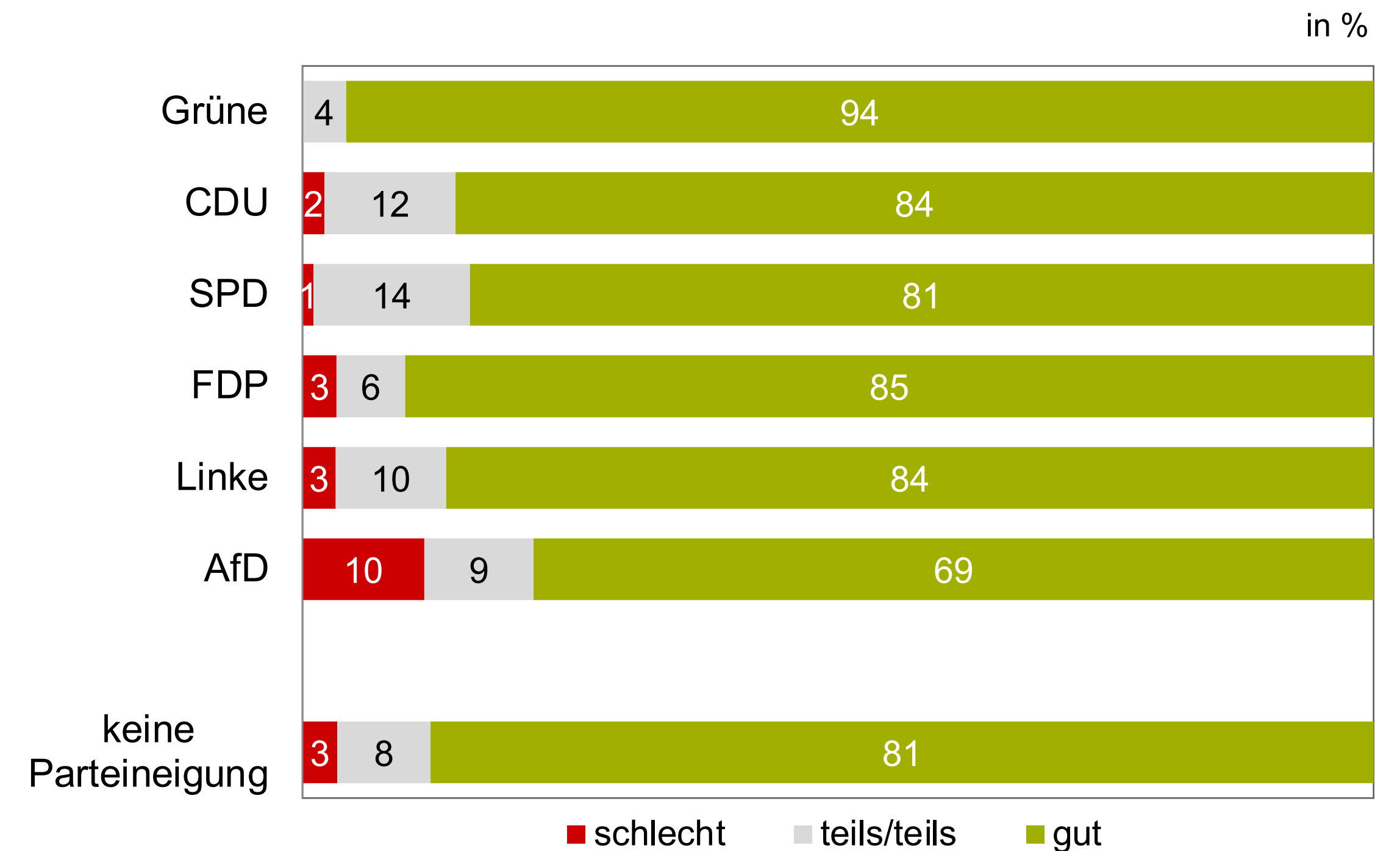
Idee der „Politik des Gehörtwerdens“, 2025



„Winfried Kretschmann hat 2011 nach seinem Amtsantritt die „Politik des Gehörtwerdens“ formuliert. Damit meinte er: Die Ansichten und Perspektiven der Bevölkerung in Baden-Württemberg sollten vor den politischen Entscheidungen des Landtags und der Landesregierung in die Beratungen einbezogen werden. Wie finden Sie diese „Politik des Gehörtwerdens“ grundsätzlich?“



Basis: 2.505 Befragte in Baden-Württemberg



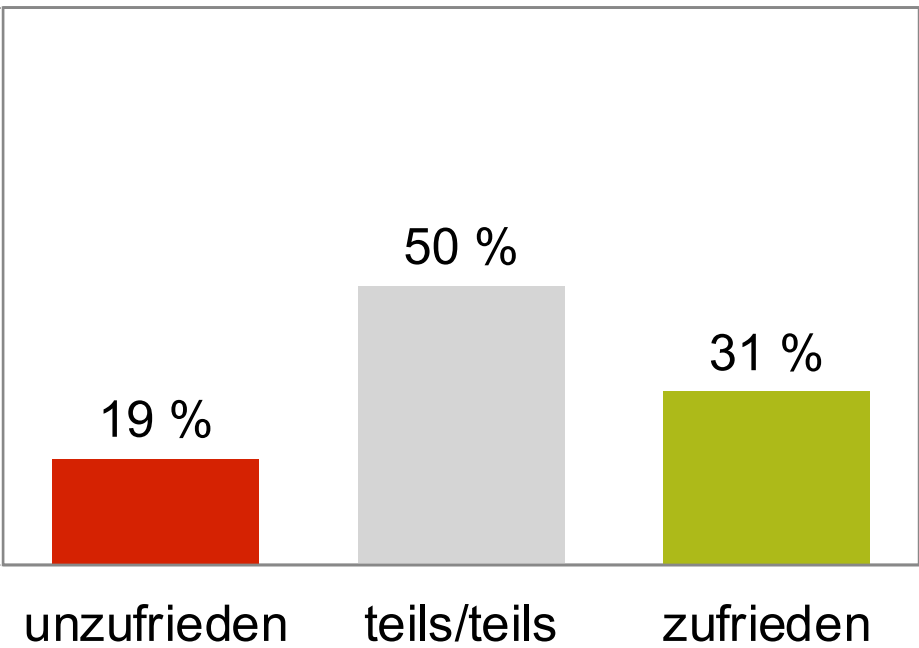
Die zu 100 Prozent fehlenden Werte entfallen auf die Antwort „habe noch nie davon gehört“.

Zufriedenheit mit der Umsetzung der „Politik des Gehörtwerdens“ nach gewünschten Demokratie-Varianten auf der Landesebene, 2025

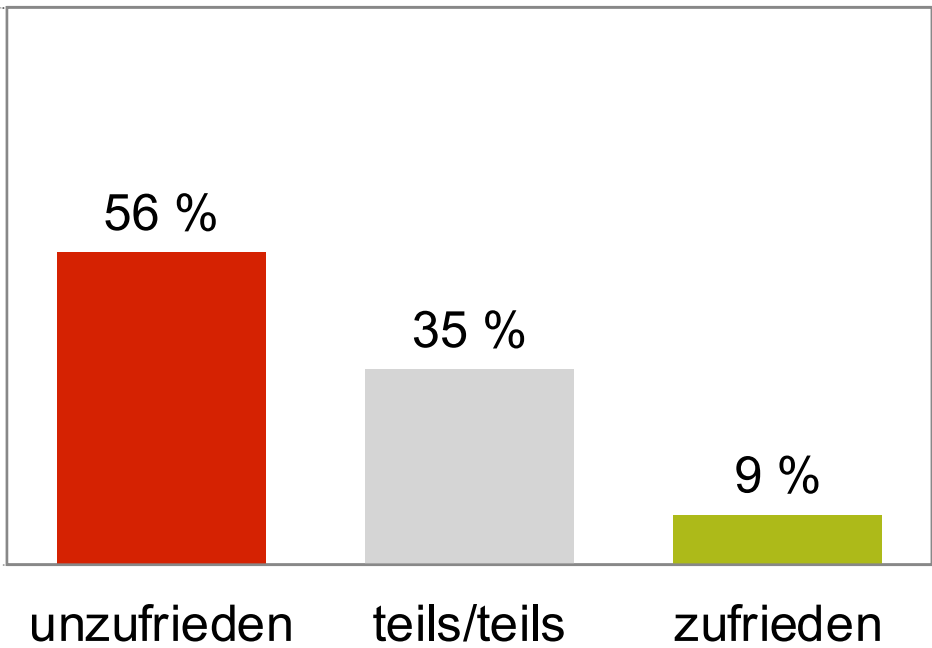


Zufriedenheit mit Umsetzung der „Politik des Gehörtwerdens“

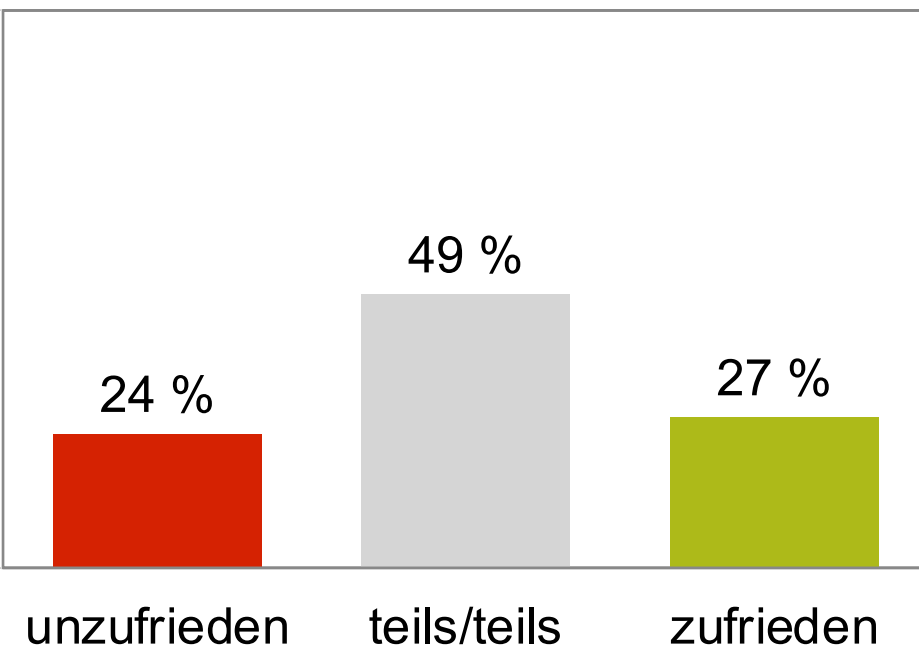
repräsentative
Demokratie



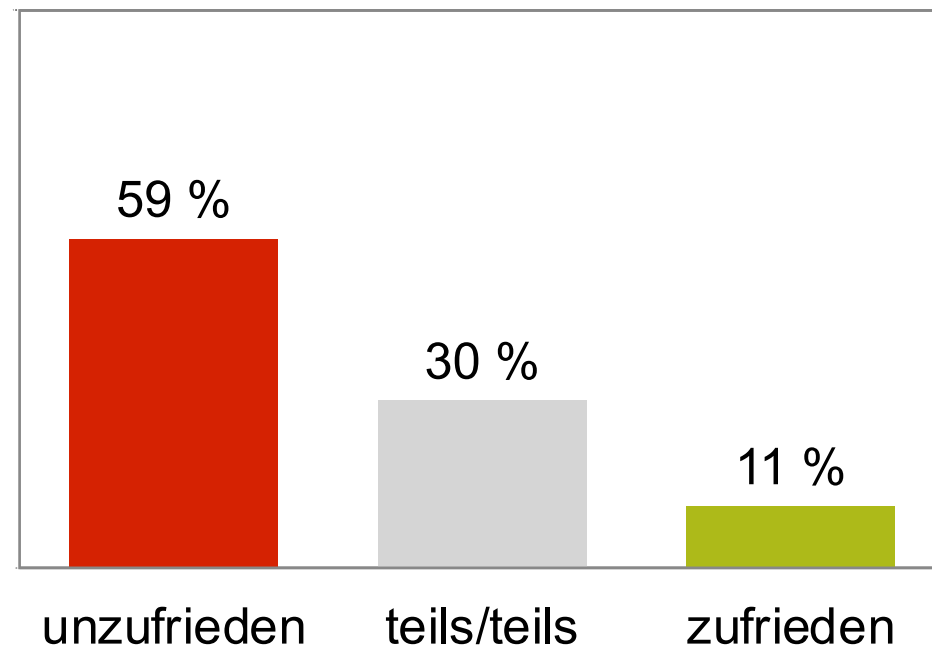
direkt-
demokratisch



repräsentative
Demokratie + Dialog



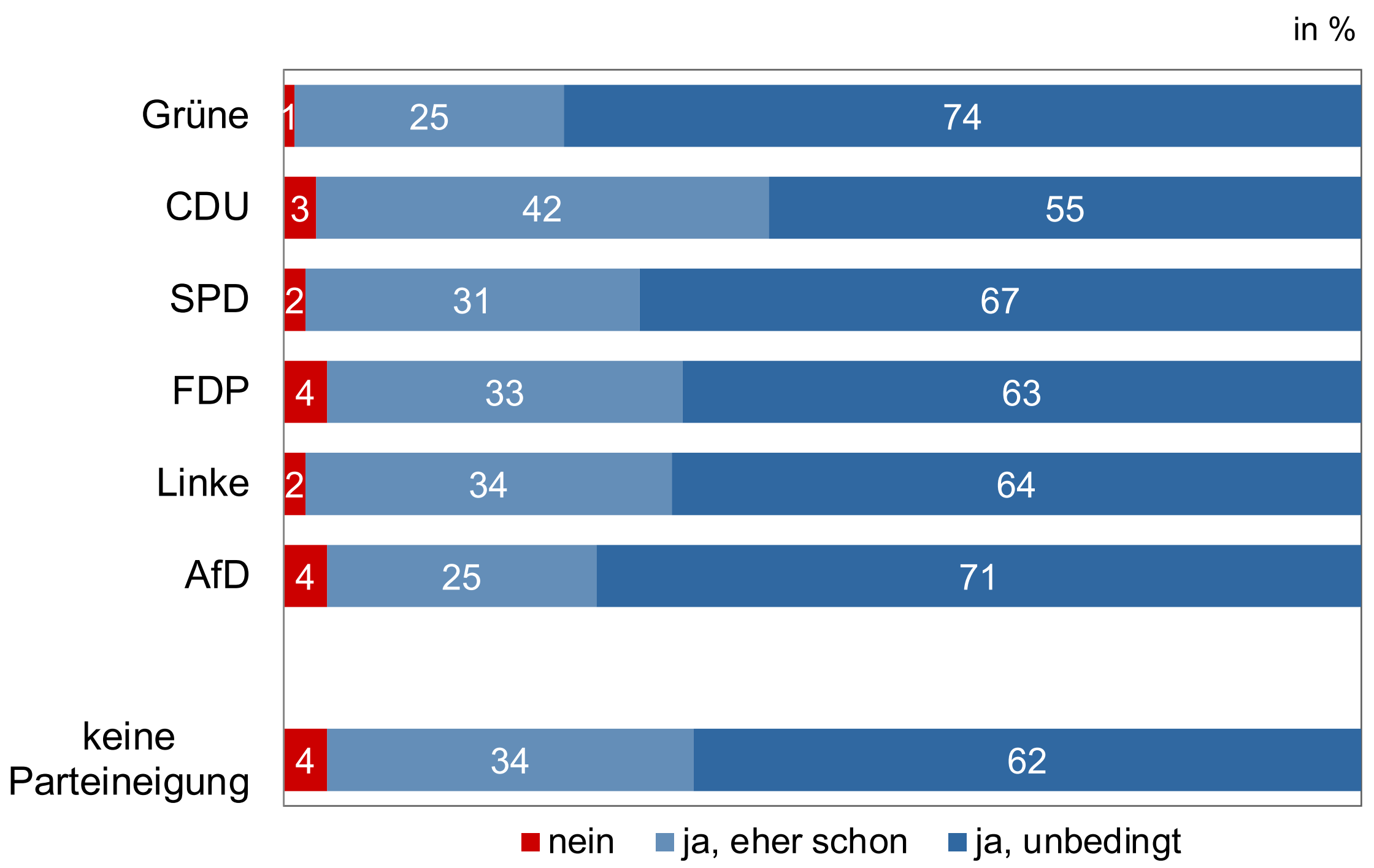
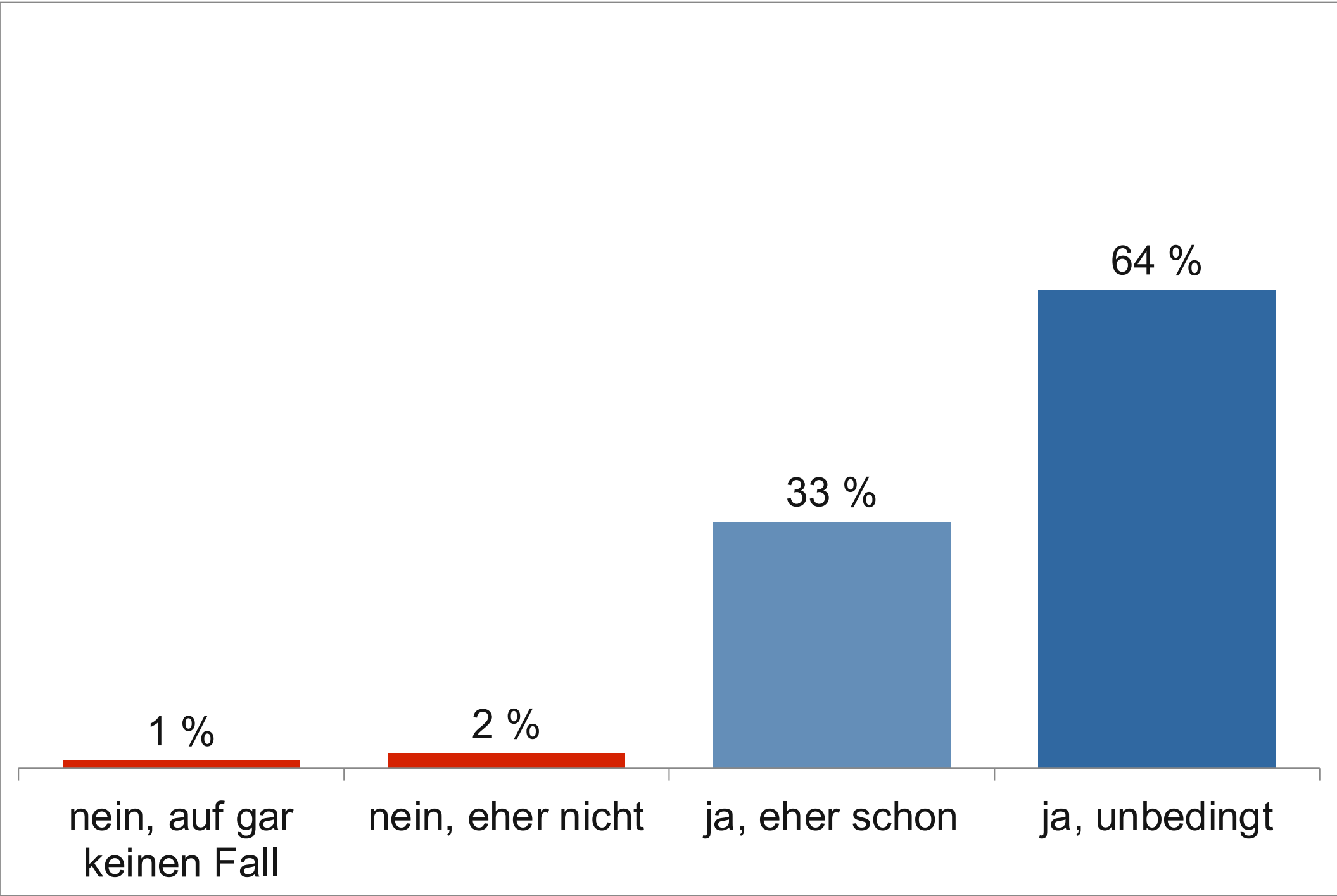
direkt-demokratisch
+ Dialog



Basis: 2.505 Befragte in Baden-Württemberg



„Unabhängig davon, wer im nächsten März die Landtagswahl gewinnt und dann die Regierung anführt: Sollte Ihrer Meinung nach der Grundsatz der „Politik des Gehörtwerdens“ auch von der nächsten Landesregierung praktiziert werden?“



Basis: 2.505 Befragte in Baden-Württemberg

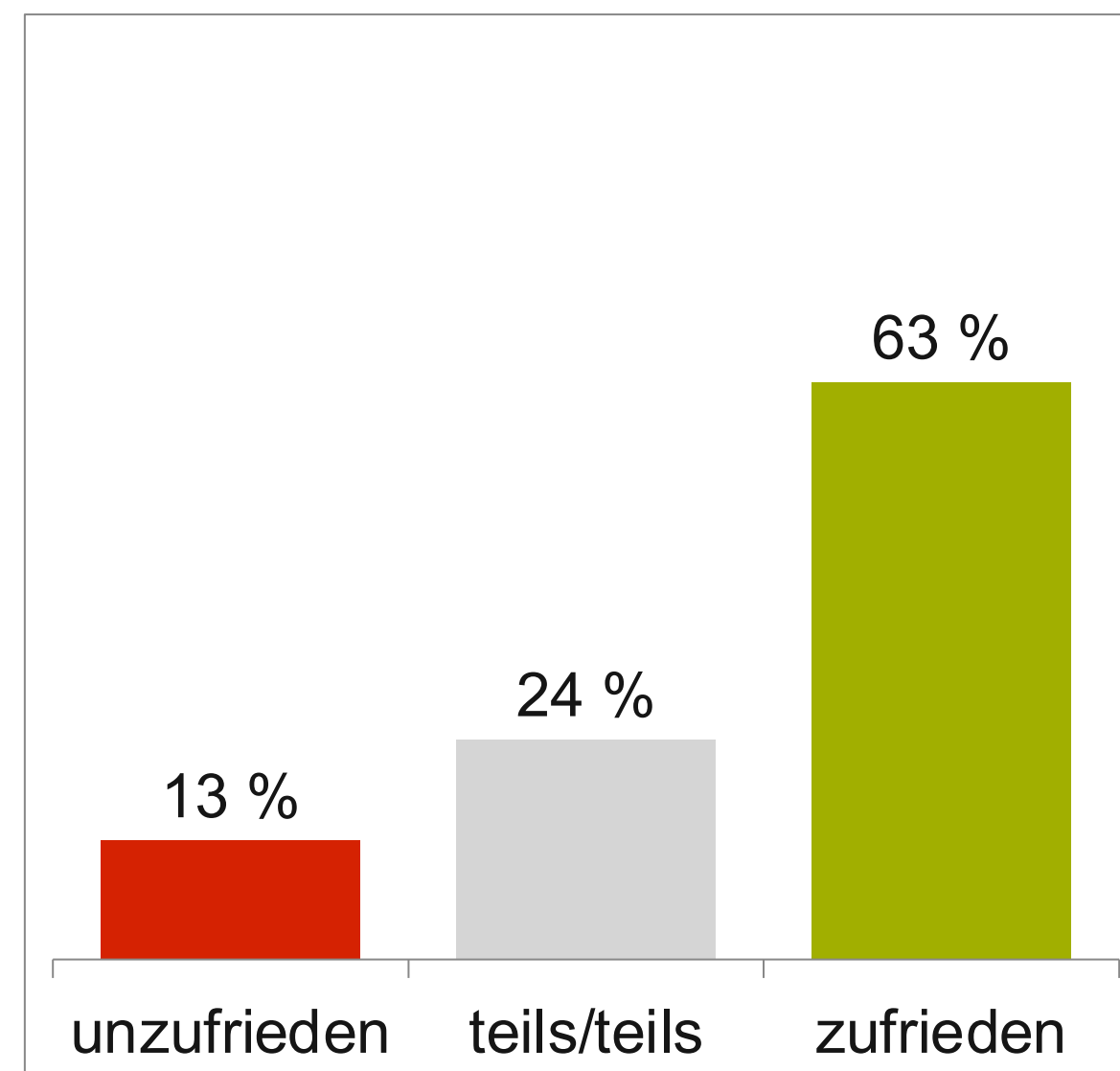
Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie auf Landesebene, 2025



„Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit dem Funktionieren der Demokratie hier in Baden-Württemberg (Bundesland)?“

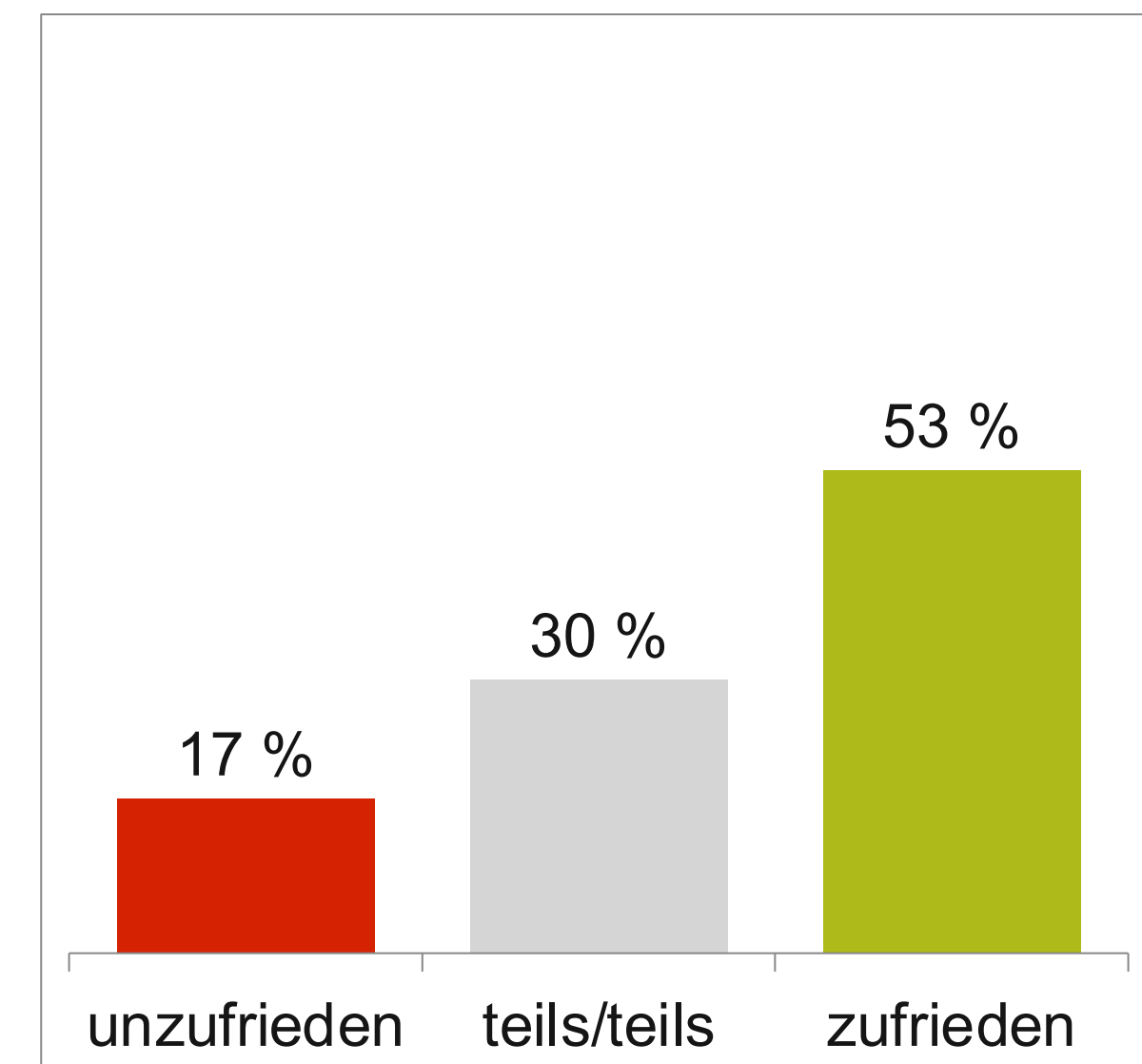
Antwortskala: 1 = sehr zufrieden, 2 = ziemlich zufrieden, 3 = teils/teils, 4 = eher unzufrieden, 5 = sehr unzufrieden. In der Grafik sind die Anteile der Antworten 1 und 2 sowie 4 und 5 zusammengefasst.

Zufriedenheit mit dem Funktionieren
der Demokratie in Baden-Württemberg



Basis: 2.505 Befragte in Baden-Württemberg

Zufriedenheit mit dem Funktionieren
der Demokratie in (Bundesland)
(Bundesdurchschnitt)



Basis: 4.057 Befragte in Deutschland

- Die Idee der „Politik des Gehörtwerdens“ findet über Parteigrenzen hinweg große Zustimmung.
- Sie entspricht der Präferenz der großen Mehrheit der Menschen: Politische Entscheidungen sollen von den gewählten Repräsentantinnen und Repräsentanten getroffen werden, aber vorher sollen sie einen ernstgemeinten Dialog führen. (Ausnahme: AfD-Anhänger präferieren Direkte Demokratie.)
- Die Umsetzung der „Politik des Gehörtwerdens“ wird vor allem von jenen Menschen kritisiert, die Direkte Demokratie fordern.
- 97 Prozent der Bevölkerung sind der Meinung, dass auch die künftige Landesregierung dem Grundsatz der „Politik des Gehörtwerdens“ folgen soll.
- Dafür gibt es gute Gründe: Unter anderem ist in Baden-Württemberg die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie um zehn Prozentpunkte größer als im Bundesdurchschnitt.



Prof. Dr. Frank Brettschneider

Universität Hohenheim
Lehrstuhl für Kommunikationswissenschaft
Fruwirthstraße 46
70599 Stuttgart

Tel. 0711-459-24030

frank.brettschneider@uni-hohenheim.de
<https://komm.uni-hohenheim.de>